

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 28.01.2008

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Peter Arens	CDU
Ratsherr Felice Bucci	CDU
Ratsherr August-Wilhelm Cordt	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU
Ratsherr Rüdiger König	CDU
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs	CDU
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU
Ratsfrau Margarete Rehm	CDU
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU
Ratsherr Jürgen Sager	CDU
Ratsherr Bernd Schulte - MdL	CDU
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU
Ratsfrau Marianne Weber	CDU

ab 17.20 Uhr, zu TOP 4. - 6.

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker	SPD
Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsherr Gordan Dudas	SPD
Ratsherr Horst Eick	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsfrau Karin Hertes	SPD
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsherr Bernd Schildknecht	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Ratsfrau Elke Teipel	SPD
Ratsherr Michael Thielicke	SPD
Ratsherr Holger Triebert	SPD
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt	Grüne
Ratsfrau Renate Lazar	Grüne
Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter	FDP
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL
Ratsfrau Angelika Linnepe	LL
Ratsherr Gerhard Schnell	LL

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
Ratsherr Jürgen Thiel	AfL

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker

Schriftführung:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Achim Ahlhaus	SPD
Ratsfrau Susanne Czaja	SPD

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP
-----------------------------	-----

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:54 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Bebauungsplan Nr. 531 "Wefelshohl", 6. Änderung und Erweiterung; Satzungsbeschluss
Vorlage: 248/2007**

Vor Eintritt in die Beratung macht Bürgermeister Dzewas darauf aufmerksam, dass der Plan

zur Einsichtnahme im Sitzungssaal aushängt. Ferner verweist er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) GO NW und bittet um Beachtung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgenden

Beschluss:

- I. Zu den während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der öffentlichen Auslegung der 6. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 531 „Wefelhohl“ vorgebrachten Stellungnahmen wird wie folgt Stellung genommen:

1) Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung am 11.10.2007

In der Diskussion über das Planvorhaben wird der Planung seitens der anwesenden Öffentlichkeit grundsätzlich zugestimmt. Aus der anliegenden Niederschrift ist entnehmbar, dass abwägungsrelevante Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen wurden.

2) Bezirksregierung Arnsberg – Umweltabteilung

Die Bezirksregierung Arnsberg, Umweltabteilung, hat keine grundsätzlichen Bedenken.

Sie weist aber darauf hin, dass die Ausweisung Allgemeines Wohngebiet bzw. Gewerbegebiet nicht selten zu Problemen führt, wenn die Abstände nicht ausreichen, um den im Prinzip erforderlichen Puffer zu bilden. In der Annahme, dass der Plan den tatsächlich vor Ort bestehenden Gegebenheiten entspricht, sieht sie durch den un bebauten Bereich zwischen Kalver Landweg und Nottebohmstraße die Forderungen des Immissionsschutzes jedoch als erfüllt an. Im Falle der Verdichtung des Areals seien jedoch Anpassungen und Geräuschgutachten erforderlich. Mit der Ausweisung nicht wesentlich störend werde dem oben beschriebenen Sachverhalt entsprochen.

Da der Kalver Landweg zur Nutzung als Schleichweg geeignet sei, regt sie an, zum Schutz des Wohngebietes dafür Sorge zu tragen, dass hier nur Anliegerverkehr stattfindet.

Stellungnahme:

Die Plandarstellung entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten. Eine weitere Verdichtung ist in diesem Gebiet durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes ausgeschlossen. Die Baugrenzen im WA und GE sichern den Freiraum zwischen den beiden Nutzungen vor einer baulichen Inanspruchnahme. Ebenso tragen die festgesetzte GRZ, die Festsetzung *Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen* sowie die örtlichen Bauvorschriften zur Begrünung zu einem Erhalt des un bebauten Bereichs bei.

Dem Hinweis wird somit gefolgt.

Der Kalver Landweg ist bereits nur für den Anliegerbereich freigegeben.

Der Anregung wird somit gefolgt.

3) Märkischer Kreis, Fachdienst 60 – Bauen und Planung -

Die Märkische Kreis hat keine grundsätzlichen Bedenken.

Er regt an, im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren durch Begrünungs-

und/oder Umlagepläne den Nachweis der Begrünung sicherzustellen, so wie er sich aus Kapitel 7 der Begründung zum Bebauungsplan ergibt.

Weiter regt er an, dass bei den Baum- und Straucharten Qualitätsangaben bereits mit in die Festsetzung aufgenommen werden, um eine Gleichbehandlung und Angemessenheit sicherzustellen.

Stellungnahme:

Im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren ist durch einen Begrünungs- und/oder Umlageplan der Nachweis der Begrünung entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes nachzuweisen.

Der Anregung kann insofern gefolgt werden.

Die für das einzelne Bauvorhaben erforderlichen Qualitäten von Bäumen und Sträuchern (sofern sie nicht bereits im Bebauungsplan festgesetzt worden sind) werden im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens überprüft, um den Erfordernissen des konkreten Einzelfalls Rechnung tragen zu können. Ohnehin zielen die entsprechenden Festsetzungen in erster Linie auf einen Erhalt bzw. gleichwertigen Ersatz der bestehenden Pflanzen, so dass generelle Qualitätsangaben entbehrlich sind.

Der Anregung kann insofern nicht gefolgt werden.

4) SEWAG Netze GmbH

Die SEWAG Netze GmbH hat keine grundsätzlichen Bedenken.

Sie weist darauf hin, dass in der Schnepferstraße Niederspannungskabel verlegt sind. Sollten hier Baumaßnahmen geplant sein, müssten diese Kabel gesichert werden.

Stellungnahme:

Der Fußweg „Schnepferstraße“ befindet sich im städtischen Besitz. Bei etwaigen Baumaßnahmen wird die SEWAG wie üblich beteiligt. Derzeit sind keine Baumaßnahmen in der Schnepferstraße geplant.

Dem Hinweis kann somit gefolgt werden.

- II. Gemäß 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV. NW S. 96) wird die 6. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 531 „Wefelshohl“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.
- III. Der Bebauungsplan Nr. 531 „Wefelshohl“ wird mit dem Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

3. Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
Vorlage: 249/2007

Ratsfrau Haue befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat nachfolgenden

Beschluss:

Die dem Original der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen tritt mit Wirkung zum 01.08.2008 in Kraft. Die bisher gültige Elternbeitragsatzung sowie Kapitel 3.2 der „Richtlinien über die Gewährung wirtschaftlicher Jugendhilfen“ treten mit Ablauf des 31.07.2008 außer Kraft.

Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Satzung soll die finanzielle Auswirkung der neuen Beitragsregelung ausgewertet und über eine mögliche Anpassung der Beiträge entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

4. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 207/2007

4.1. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 / 1. Ergänzung
Vorlage: 207/2007/1

Bürgermeister Dzewas stellt fest, dass keine Bedenken erhoben werden, dass eine gemeinsame Behandlung der Punkte 4. - 6. erfolgt. Er weist darauf hin, dass die Vorlage 207/2007 und die Stellungnahme des Personalrates bereits vorliegen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid aufgrund der Sitzungsdrucksachen 207/2007 und 207/2007/1 nachfolgenden

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 (einschl. Haushaltssicherungskonzept und Dringlichkeitsliste)
Vorlage: 244/2007

Nun eröffnet Bürgermeister Dzewas die Aussprache zu Punkt 5. der Tagesordnung und erteilt Ratsherrn Morisse das Wort. Dieser trägt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Lüdenscheider Liste und Alternative für Lüdenscheid vor:

„Es wird beantragt, 12.000 Euro für Sprachförderung zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Dieses Geld soll für Kinder die besonderen Bedarf haben, verwendet werden, und zwar für alle Einrichtungen in Lüdenscheid.“

In der anschließenden Aussprache nehmen

Ratsfrau Gabler für die CDU-Fraktion (**Anlage 2**)

Ratsherr Metzger für die SPD-Fraktion (**Anlage 3**)

Ratsfrau Tschöke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (**Anlage 4**)

Ratfrau Linnepe für die Fraktion Lüdenscheider Liste (**Anlage 5**)

Ratsherr Schwarz für die FDP-Fraktion (**Anlage 6**)

Ratsherr Oettinghaus für die Fraktion Alternative für Lüdenscheid (**Anlage 7**)

zum vorliegenden Entwurf von Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 (einschl. Haushaltssicherungskonzept und Dringlichkeitsliste) Stellung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Bürgermeister Dzewas zunächst über den zu Beginn von Ratsherrn Morisse gestellten Antrag abstimmen. Diesem wird mit 46 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gefolgt.

Nun stellt Bürgermeister Dzewas mit der Vorlage 244/2007 die Haushaltssatzung in der aufgrund des beschlossenen Antrags ergänzten Fassung zur Abstimmung und der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008, das Haushaltssicherungskonzept sowie die Dringlichkeitsliste werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46
Enthaltungen: 2

6. Finanzplanung 2007 - 2011, Investitionsprogramm 2009 - 2011
Vorlage: 245/2007

Nun stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 245/2007 zur Abstimmung und der Rat der

Stadt Lüdenscheid fasst ohne weitere Aussprache nachfolgenden

Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2009 – 2011 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

**7. Zukunftsperspektiven für die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen der Stadt Lüdenscheid
hier: Benennung der Mitglieder des Arbeitskreises**

Ohne weiter Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid auf Vorschlag der Fraktionen nachfolgenden

Beschluss:

Als Mitglieder werden für die Mitarbeit im Arbeitskreis „Zukunftsperspektiven für die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen der Stadt Lüdenscheid“ benannt:

CDU-Fraktion:

Ratherr Adam
Ratsherr Lührs

Allgemeine Vertretungsregelung.

SPD-Fraktion:

Ratsherr Metzger
Herr Noetzlin

Allgemeine Vertretungsregelung.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Marienfeld

Vertretung: Ratsherr Appelt.

FDP-Fraktion:

Herr Ameln

Allgemeine Vertretungsregelung.

Fraktion Lüdenscheider Liste:

Herr Zapf

Vertretung: Herr Cassel bzw. allgemeine Vertretungsregelung.

Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Oettinghaus

Allgemeine Vertretungsregelung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1.1. Bekanntgaben

Keine.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Spielplatz "Im Olpendahl"

Beigeordneter Theissen beantwortet die Anfrage, die Ratsfrau Tschöke in der Sitzung des Hauptausschusses am 14.01.2008 gestellt hat, gemäß der Stellungnahme des Amtes für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr vom 22.01.2008 wie folgt:

- „1. Der Bauzaun wurde nicht von den Nutzern, sondern von der bauausführenden Firma entfernt. Der verbliebene Rest dient als Sicherung eines noch nicht fertig gestellten Spielgerätes und ist nach Aussage von STL völlig intakt.
2. Die Arbeiten werden voraussichtlich im April mit der Einsaat des Rasens fortgesetzt.
3. Nach Beendigung der Bauarbeiten ist geplant, den Spielplatz im Rahmen eines Festes der Öffentlichkeit zu übergeben.“

8.3. Anfragen

8.3.1. Pressemitteilung trotz vereinbarter Vertraulichkeit

Aufgrund der Anfrage von Ratsherrn Thiel führt Bürgermeister Dzewas aus, es sei ein normaler Vorgang, dass Dinge aus den Arbeitsgruppen in die Fraktionen zur Diskussion ge-

bracht werden, daher könne er keinen Vertrauensbruch erkennen. In welchem Umfang Vertraulichkeit vereinbart worden sei, sei ihm persönlich nicht bekannt.

Dzewas

Vorsitzender

Ehrt

Schriftführerin